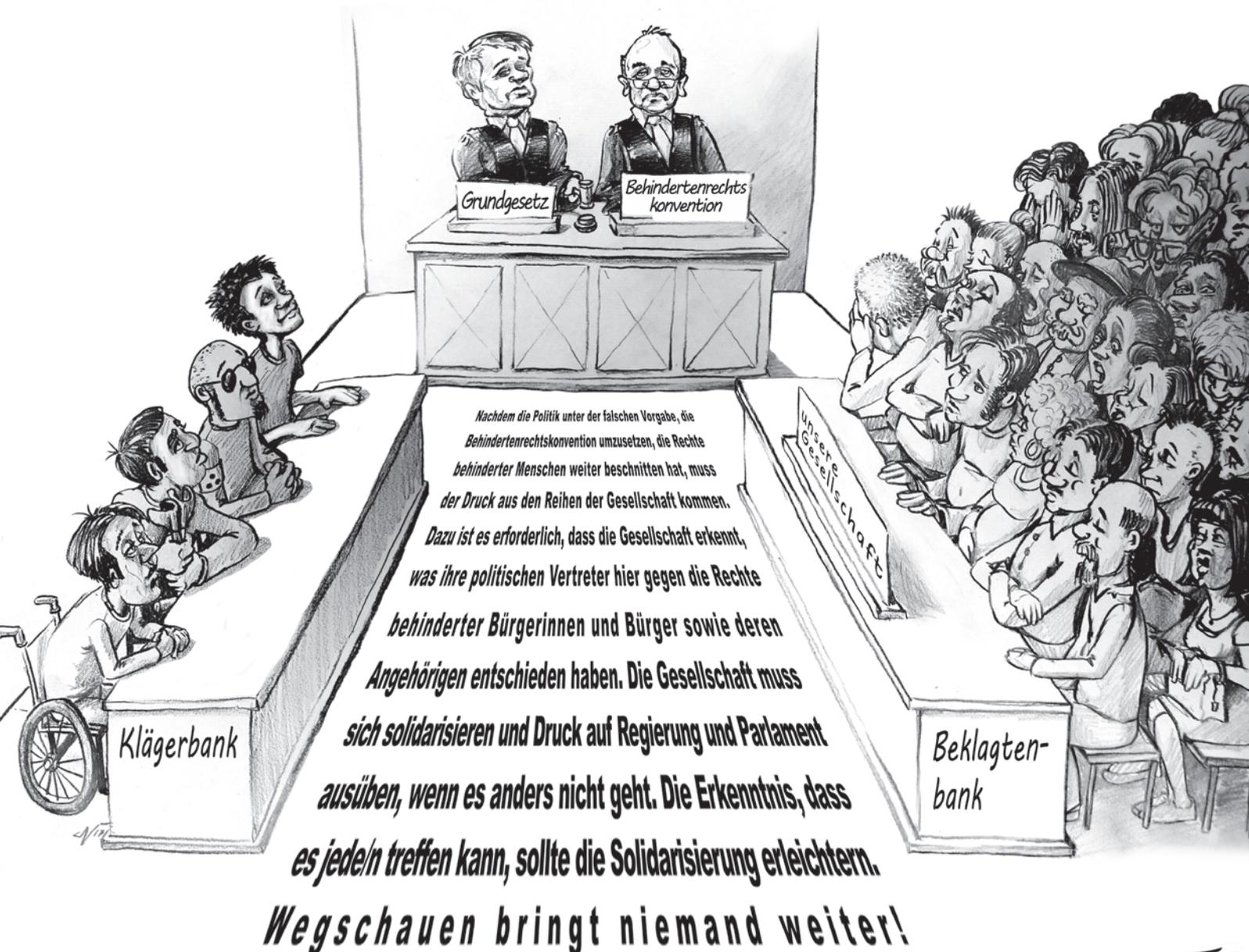


# Nachdem alle Bitten ungehört verklungen ...



<b>Editorial</b>	<b>4</b>	<b>Dies und Das</b>	
<b>Bundestagswahl 2017</b>		Posterprojekt von Cassandra Ruhm aus Bremen	36
Was die Parteien zur Inklusion versprechen	7	Hinter den sieben Bergen	37
Die Unterschiede liegen im Detail	8	Neues Projekt der Sozialhelden	39
Das schwarzgelbe Gespenst ist wieder da	9	<b>Literaturtipps</b>	
Parteien zum Wahlrechtsausschluss	11	Ratgeber für behinderte ArbeitgeberInnen und solche, die es werden wollen	40
Sichere und soziale Zukunft wählen	12	<b>ForseA intern</b>	
Selbstbestimmung gewährleisten	12	Deutschlandkarte	41
Leserbrief	13	Neue Internetseite	42
<b>Bundesteilhabegesetz</b>		Arbeitgeber und Mobilitätsstammtische	42
Behinderung und Armut sind keine Schwestern!	14	eMail-Adressen	43
Werden Betroffene durch das Bundesteilhabegesetz zu Teil-Habenichtsen?	16	Adressen	43
Dokumentation der Tagung zum Teilhabegesetz online	18	Wir begrüßen als neue Mitglieder	43
Partizipation behinderter Menschen	18	Impressum	43
Hilfe, Bedarfsermittlung!	19	Unser Vorstand	44
<b>Politik</b>		Aufnahmeantrag	45
Ist politische Teilhabe erwünscht?	21	Satzungsauszug	46
Stabsstelle Inklusion und Menschenrechte beim LVR	22	<b>Kurz und bunt</b>	
Klare Botschaft für Inklusion	22	<b>Facebook-Kommentare von Gerhard Bartz</b>	
Behinderte Geflüchtete unterversorgt	24	01.07.17 Über die Behindertenrechtskonvention in Deutschland	6
<b>Persönliche Assistenz</b>		25.08.17 Zum Betrug an behinderten Menschen	6
Pflichtpflegeeinsätze ...	24	28.06.17 Über eine Kritik an der Bezeichnung „Heiminsassen“	13
Ziemlich beste Assistenz	25	15.06.17 Zu fehlenden Instrumenten der Behindertenbewegung	17
Problematisches Poolen	25	15.08.2017 Zur Kolumne von Roland Frickenhaus „Hilfe, Bedarfsermittlung“	20
<b>Menschen mit Behinderung</b>		15.07.17 Zur Kolumne von Roland Frickenhaus „Unsozialer Wohnungsbau“	23
Ich klage an	26	19.08.17 Zu Fortschritten in der Behindertenpolitik	31
Inklusion ist auch Selbstbestimmung und Barrierefreiheit	26	15.07.17 Zur Hilfsmittelgenehmigungspraxis der Krankenkassen	32
Beratung für Menschen mit Behinderung und Migrationshintergrund	27	24.08.17 Zur angestrebten Auflösung des Hessischen Landeswohlfahrtsverbandes	33
Wer braucht eigentlich Barrieren?	28		
Und was behindert mich?	30		
Neue sächsische Servicestelle für Inklusion im Kulturbereich	32		
<b>Recht</b>			
Déjàvu? Pauschales Pflegegeld	33		
Anteiliges Pflegegeld wird weitergezahlt	34		
Was ist davon zu halten?	35		

Nichts über uns ohne uns!



Gerhard Bartz © privat

Liebe Mitglieder, Leserinnen und Leser,

die Wahl zum 19. Deutschen Bundestag steht vor der Tür. Zahlreiche Wahlberechtigte werden schon per Briefwahl ihre Stimme abgegeben haben. Es steht aber auch zu befürchten, dass viele gar nicht zur Wahl gehen. Einerseits, weil sie von der Regierung grenzenlos enttäuscht wurden, andererseits, weil sie mit dem demokratischen Instrument der Wahl nicht umgehen können oder wollen. Da man davon ausgehen kann, dass die Wahlbeteiligung zugunsten der Parteien am Rande des politischen Spektrums gleich ob links oder rechts stets größer ist als die der anderen Parteien, stärkt man eben diese Ränder fatalerweise beide. Hierin liegt der Schlüssel, wie man bestimmte Parteien schwächen kann: einfach durch Wählen.

Die Partei, die die Alternative im Namen trägt, ist für Menschen mit Behinderung nicht wählbar. Zu klar hat sie sich gegen die Inklusion ausgesprochen. Von den anderen Festlegungen ganz zu schweigen!

Aber auch die anderen Parteien verhalten sich gegenüber Menschen mit Behinderung wenig zimperlich. CDU/CSU, SPD, FDP gingen in der Vergangenheit sehr freihändig mit unseren Menschenrechten um. Bei der Abstimmung über das Bundesteilhabegesetz im Dezember letzten Jahres mussten sich die Abgeordneten von Bündnis90/GRÜNE der Stimme enthalten, da diese Partei in den Bundesländern an verschiedenen Regierungszusammensetzungen beteiligt ist. So blieb nur die Enthaltung und damit verbunden die Aufgabe eigener Positionen.

Unabhängig davon, wie sich die neue Bundesregierung zusammensetzt: Wir müssen aufhören, um unsere Rechte zu betteln! Denke ich an die ungezählten Aktionen des letzten Jahres, die vielen Reisen und Veranstaltungen bis hin zur 24stündigen Ankettungs-Aktion behinderter Menschen vor dem Reichstag: sie haben letztlich sehr viel Engagement gekostet und zu wenig gebracht.

Zum Teil wurden Verschlechterungen in die Zukunft terminiert, andere Verschlechterungen wurden kurzerhand noch in das Gesetz aufgenommen, wie beispielsweise an der Mobilität festzustellen ist. Dieses Verhalten der Regierung ist schändlich! Das überraschend starke Medieninteresse war ein Strohhalm, etwas erkennbar Nachhaltiges war nicht darunter. Die meisten Beiträge über unsere Aktionen sind mittlerweile schon aus den Archiven verschwunden. Wir sind nach wie vor die Stiefkinder der Medien. Am Beispiel der Berichterstattung über die AFD im Vergleich mit den Berichten über die Missachtung unserer Menschenrechte ist das leicht zu erkennen.

Lässt man die Ermordungen behinderter Menschen im sogenannten „Dritten Reich“ durch ihre deutschen Landsleute (man macht es sich verdammt einfach, dies pauschal ausschließlich den namen- und gesichtslosen „Nazis“ in die Schuhe zu schieben) mal außer Betracht, die strukturellen Überreste lassen sich oft auch heute noch feststellen. Am Anfang standen die Diskreditierung, dann die Aussonderung und die Zusammenführung in „Heimen“. Staatlicherseits, sowohl von der legislativen als auch von der exekutiven Seite her, wird nach wie vor die Aussonderung betrieben. Für eine Infrastruktur, die auf der Erde ihresgleichen sucht, sorgen Politik und Verwaltung ständig für Nachschub für die Sozialkonzerne. Grundlage hierfür ist der § 5 des SGB XII. Dort ist die Zuarbeit gesetzlich geregelt (Die Träger der Sozialhilfe sollen bei der Durchführung dieses Buches mit den Kirchen und Religionsgesellschaften des öffentlichen Rechts sowie den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege zusammenarbeiten. Sie achten dabei deren Selbständigkeit in Zielsetzung und Durchführung ihrer Aufgaben.).

Ist nicht das Ziel des gesamten Verfahrens die Isolation der behinderten Zielgruppe? Denn ist diese aus dem Bewusstsein der Gesellschaft verdrängt, kann man mit ihr machen, was man will. Individuelle Biografien gehen verloren, sie lösen sich in der gesellschaftlichen Gruppe „Behinderte“ auf. Während der Zeit der Naziherrschaft wurden sie dann von ihren Landsleuten in die Gaskammern geführt, in den späteren Jahren in zunächst paradiesisch anmutende Behindertenheime. Erst allmählich wurde es behinderten Menschen bewusst, dass die gesellschaftliche Entwick-

lung „draußen“ gewaltige Fortschritte nahm, während das Leben im „Heim“ stets in der gleichen Monotonie ablief. In den Siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts setzte nun eine Bewegung ein, die Betroffene ermunterte, außerhalb von Anstaltsmauern zu leben. Unbemerkt von der Gesellschaft entstand unter behinderten Menschen ein neues und gesundes Selbstbewusstsein. Von Seiten der Politik und der Sozialverwaltung wurde das jedoch genau registriert und man begann, mit harten Maßnahmen gegenzusteuern. Bis zum heutigen Tag wird von der ausführenden Gewalt, sobald behinderungsbedingt gesetzlich verbürgte Nachteilsausgleiche in Anspruch genommen werden wollen und müssen, massiv in das Leben dieser Bürgerinnen und Bürger eingegriffen.

Ein Vergleich: Politik und Verwaltung könnten verfügen, dass ältere Dieselfahrzeuge nicht schneller als mit 50 km/h betrieben werden, was zur Grundversorgung genügen dürfte. Mehr (hier: Emissionen) seien der Gesellschaft nicht zuzumuten. Sicherlich würde das ausreichen, um die Programme sämtlicher Fernsehsender schlagartig zu ändern und Sondersendungen zu veranlassen. Wenn behinderte Menschen das Kriterium „Zumutbarkeit“ jedoch offiziell von einem hochrangigen Beamten aus dem Sozialministerium schriftlich mitgeteilt bekommen, dann führt eine Veröffentlichung dieser Nachricht zu keiner wahrnehmbaren Reaktion in der Öffentlichkeit, die darüber zu wenig erfährt, selbst auch nicht betroffen ist und es nicht richtig einordnen kann. Zitat: „Im Hinblick auf die Forderung nach bedürftigkeitsunabhängigen Leistungen der Eingliederungshilfe für finanziell besser gestellte Menschen mit Be-

hinderungen zu Lasten des Steuerzahlers über bereits bestehende Begünstigungsregelungen in der Eingliederungshilfe nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII) hinaus, gebe ich zu bedenken, dass gerade in der heutigen Zeit eine solche Forderung weder fachlich noch politisch zu vermitteln ist.“ (geschrieben vom damaligen BMAS-Staatssekretär Andreas Storm, später Minister für Soziales im Saarland und heute Vorstandsvorsitzender der DAK) am 11.03.2010 in einem Schreiben an unseren Verein. Hier stellte sich ein hochrangiger Ministeriumsmitarbeiter über unsere Verfassung und gegen geltendes Recht in Gestalt der Behindertenrechtskonvention. Kein Shitstorm hat ihn hinweggefegt. Kein Sender hat sein Programm geändert.

Was also muss geschehen?

Alle Betteleien, uns unsere Menschenrechte zu geben, waren erfolglos. Wir müssen die Gesellschaft direkt angehen. Dass uns dabei im Sinne des Artikels 8 der Behindertenrechtskonvention Unterstützung zuteil wird, können wir uns abschminken. Wir müssen das Bewusstsein der Gesellschaft schärfen. Wir müssen der Öffentlichkeit klar machen, dass die Folgekosten einer Behinderung ein gesamtgesellschaftliches Problem sind, welches von der Gesellschaft gelöst werden kann und muss.

Heute haben behinderte Menschen und ihre Angehörigen einfach Pech gehabt, meint die Gesellschaft und wendet sich ab. Solange sich die Politik in den Fängen der Kommunen und Lobbyisten der Sozialkonzerne so wohl fühlt, wird sie nichts tun, um diesen Zustand zu beenden. Schließlich schont sie

auf diese Weise die Haushalte. Der Druck muss aus den Reihen der Bevölkerung kommen!

Dort muss man sich darüber klarwerden, dass Behinderung und Alter keine Verwandten von Armut und Siechtum sind. Genau genommen zählen hierzu auch Krankheit und ihre Folgen. Nimmt man der Bevölkerung diese Ängste, werden mit Sicherheit neue Energien frei. Und Haushaltsmittel sowieso. Denn nach Schätzungen versickern ca. 90% aller Haushaltsmittel für Soziales und Gesundheit, ehe sie wirksam beim Menschen ankommen. Im Bereich der Sozialwirtschaft gibt es exorbitante Gehälter, Dienstwagen, Dienstwohnungen, riesige Verwaltungen („Gottes Werk und Behles Beitrag“ <http://tinyurl.com/y95djn-wa>). Das alles in einem Bereich, der dem Blick der Öffentlichkeit weitgehend entzogen ist. Dazu kommt, dass man sich unter der umfassenden politischen Schirmherrschaft einen freien Rücken sichert. All das kostet große Summen, die an der Schnittstelle zum Menschen fehlen. Dies muss in der Öffentlichkeit diskutiert werden.

Gleichzeitig müssen wir unsere Verfassungsrechte und Gesetze offensiv einfordern. Das Bundesverfassungsgericht hat in verschiedenen Entscheidungen eine Interpretation des Artikels 3 GG geliefert. Es wäre an uns, diese weiterzuverbreiten und mit Leben zu erfüllen. Die sogenannte Selbstbestimmt-Leben-Bewegung ignoriert dies. Warum? Eine viertelherzige Forderung nach unseren Menschenrechten, nach einem Stopp der Benachteiligungen durch die Regierenden und Behörden, wird ignoriert. Hier sind wir selbst schuld. Auch durch unser eigenes Verhalten haben wir dieses Bundesteilhabegesetz mit ermöglicht.

Beim Umzug von der alten zur neuen Homepage bin ich auf einen 16 Jahre alten Aufsatz von mir gestoßen. Bereits im Jahre 2001 hat ForseeA gefordert, dass unsere Verfassungsrechte nicht nur für Nichtbehinderte gelten. Was hat sich in den 16 Jahren getan? Nichts! Noch immer befinden wir uns außerhalb des Wahrnehmungsbereiches unserer Gesellschaft. Noch immer kann man mit uns machen, was man will, und die schweigende Mehrheit schaut weg.

Egal welche Koalition die nächste Regierung stellt: WIR müssen darauf achten, dass unsere Belange im Koalitionsvertrag berücksichtigt werden. Sonst leiden wir die nächsten vier Jahre unter diesem unsäglichen Bundesteilhabegesetz, während die Schlinge um unseren Hals immer enger gezogen wird.

Wir brauchen eine Graswurzelbewegung, denn noch haben wir sehr wenige, die mit uns marschieren, es fehlen auch die Medien. Und wir brauchen Einigkeit. Zunächst jedoch brauchen wir eine Regierung, mit der man ehrlich verhandeln kann. Keine, die während der Verhandlungen im Hintergrund bereits gegen uns arbeitet. Das hatten wir nun zur Genüge! Eine solche Regierung, die ihrem Eid entsprechend das Wohl des Volkes fördert, wünschen wir Ihnen und uns. Und natürlich einen tollen Herbst, der uns für den durchwachsenen Sommer entschädigt. Wir wünschen Ihnen eine gute Zeit ohne Assistenzprobleme!

Mit freundlichen Grüßen



Gerhard Bartz, Vorsitzender

## KURZ und BUNT – EINTRÄGE auf FACEBOOK

01.07.17

### Über die Behindertenrechtskonvention in Deutschland

Heute wissen wir, dass wir noch schlimmer hintergangen wurden, als es sich damals bereits abzeichnete. Die von Deutschland mit Unterschrift versprochene Förderung des Bewusstseinswandels (Artikel 8 der Behindertenrechtskonvention) wurde noch nicht mal im Ansatz betrieben. Stattdessen wurde unter dem Vorwand der Umsetzung der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen die Behindertenpolitik Deutschlands in das letzte Jahrhundert zurückgeführt.

Ein Sieg der Sozialkonzerne und der Kommunen. Eine Niederlage für alle behinderten Menschen in Deutschland, die einen gesetzlich verbürgten Nachteilsausgleich für sich in Anspruch nehmen müssen.

25.08.2017

### Zum Betrug an behinderten Menschen

Von der Teilhabe sind wir dank der „großen“ Koalition weiter weg als noch vor einem Jahr. Wie kann sich die Gesellschaft sicher sein, dass nur Menschen mit Behinderung von den Unsozialen und Unchristlichen betrogen werden? Ist nicht auch die Vernichtung von Sparguthaben bis hin zur Altersabsicherung Betrug? Ist es nicht auch Betrug, wenn man uns in einer ungesunden Umwelt leben lässt, nur um die Interessen der Wirtschaft nicht anzukratzen?

Doch es soll sich niemand täuschen: Die selbsternannte Alternative ist keine. Sie ist eine Weichenstellung in eine Zeit der Totgeglaubten. Es ist zum Verzweifeln. Aus Angst vor dem Tod begehen wir Selbstmord. Diese Partei saugt Honig aus dem Versagen der sogenannten Etablierten. Sie braucht nichts machen und bekommt wachsende Zustimmung. Dabei müssten die Wählerinnen und Wähler lediglich lesen, um das kalte Grausen zu bekommen. Aber lesen ist halt anstrengend.

An die Teilhabe behinderter Menschen denken die AFDler nur insofern, als sie die Inklusion abschaffen wollen.

Der Test mit der automatischen Gesichtserkennung am Berliner Südkreuz wäre nicht so kritisch zu sehen, wäre nicht das Eis, auf dem wir uns bewegen, so dünn geworden. Einer Gesellschaft, die es in Erwägung zieht, Rechtsradikale zu wählen, kann man keine zusätzlichen Machtmittel anvertrauen.

## Was die Parteien zur Inklusion versprechen

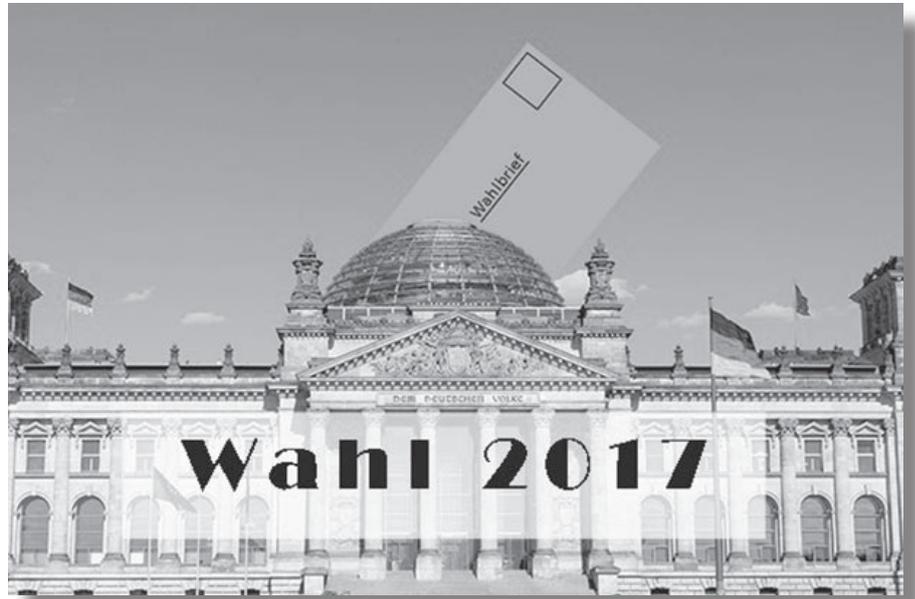
kobinet-nachrichten am 26. Juni 2017 von Jens Wegener

Am 24. September 2017 wird in Deutschland der nächste Deutsche Bundestag gewählt. Drei Monate vor diesem Termin hat die Zeit der „Wahlversprechen“ längst begonnen. Aber was versprechen uns die Parteien eigentlich? Was versprechen sie zu tun, wenn sie denn in Regierungsverantwortung gewählt sind? kobinet-Redakteur Jens Wegener hat sich einmal durch die 490 Seiten bisher vorliegender Wahlprogramme gelesen und aufgeschrieben, was er unter dem Stichwort „Inklusion“ in diesen Programmen gefunden hat.

Bei der „AfD - Alternative für Deutschland“ heißt es zum Stichwort „Inklusion“: „8.3 Keine ideologisch motivierte Inklusion: Förder- und Sonderschulen erhalten. Die Forderung der Vereinten Nationen, behinderten Kindern Teilhabe am Bildungssystem zu garantieren, ist in Deutschland bereits erfüllt. Kinder mit besonderem Förderbedarf erhalten in der Förderschule eine umfassende Unterstützung, die die Regelschule nicht leisten kann. Die AfD setzt sich deshalb für den Erhalt der Förder- und Sonderschulen ein.“

Bündnis 90/Die Grünen verspricht zum Stichwort „Inklusion“ in ihrem Wahlprogramm: „Wir Grünen streiten für eine inklusive Gesellschaft, in der Menschen mit Behinderungen selbstbestimmt leben und teilhaben können. Jede und jeder soll die Unterstützung erhalten, die jeweils benötigt wird. Inklusion ist ein Menschenrecht.“

Von CDU und CSU wurde bisher kein bestätigtes Wahlprogramm für



Wahl 2017 © Irina Tischer

die Wahlen zum Deutschen Bundestag am 24. September 2017 veröffentlicht.

Im Programm der Partei „Die Linke“ heißt es zu diesem Aspekt: „Gute Bildung: Wir schaffen mehr Personal, Inklusion, stocken das BaföG auf und sanieren Gebäude.

... DIE LINKE will eine inklusive Schule, in der alle Kinder und Jugendlichen willkommen sind... Inklusion ist für uns eine gesamtgesellschaftliche Verpflichtung, alle müssen gleichberechtigt dazugehören und teilhaben können... Bund, Länder und Kommunen müssen dafür ein Investitionsprogramm "inklusive Bildung" auflegen, um Bildungseinrichtungen umfassend barrierefrei umzubauen und auszustatten.

... Der Rechtsanspruch auf inklusive Bildung und das Recht auf das gemeinsame Lernen in einer

Regelschule gehört in jedes Schulgesetz. ... Inklusion darf nicht davon abhängig gemacht werden, wie viel sie kostet!

...DIE LINKE tritt für eine volle und wirksame Teilhabe aller Menschen mit Behinderungen ein. Wir wollen Barrieren abbauen - bauliche, kommunikative und strukturelle - und Menschen mit Behinderungen eine unabhängige Lebensführung erleichtern.

... Inklusion ist Menschenrecht: Sie eröffnet allen Menschen die Möglichkeit, überall im politischen, sozialen und kulturellen Leben nicht nur dabei zu sein, sondern es auch selbstbestimmt aktiv gestalten zu können“.

Die FDP, die Freie Demokratische Partei, ist der Ansicht: „Die Schließung von Förderschulen, in denen Kinder passend zu ihrem Bedarf gefördert werden konnten, ist

ein Fehler, da dies meist nicht dem Kindeswohl dient und oft auch gegen den Elternwillen vorgenommen wird. Das Ziel, Kinder mit Förderbedarf weitgehend in Regelschulen zu integrieren, ist richtig und wird seit Jahrzehnten in Deutschland verfolgt. Das radikale Verständnis einer kompromisslosen Inklusion, wie es vielfach gefordert und betrieben wird, nimmt aber weder auf den Förderbedarf des Einzelnen, noch auf die Integrationsfähigkeit von Regelklassen Rücksicht. Gemeinsamer Unterricht soll bestmögliche Förderung aller Schülerinnen und Schüler ermöglichen“.

„Sport als Schlüssel zur Integration und Inklusion. Wir wollen Menschen unterschiedlicher Herkunft und mit unterschiedlichen Anlagen (Menschen mit körperlicher und geistiger Behinderung und Menschen mit Migrationshintergrund) bei Sport und Spiel zueinander finden lassen. Dabei fördern wir die herausragende Arbeit der Sportvereine und der Fachverbände.“

Die SPD, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, hat sich in ihrem Regierungsprogramm für die Zeit von 2017 bis 2021 im Bezug auf das Stichwort „Inklusion“ auf folgendes festgelegt:

„Der Übergang von der Schule zur Ausbildung und zum Beruf soll ebenso verbessert werden wie der Weg von Werkstätten hin zum allgemeinen Arbeitsmarkt. Dazu zählen auch generelle Regelungen zur Barrierefreiheit am Arbeitsplatz für alle Arbeitgeber. Das Angebot der Inklusionsbetriebe und Werkstätten werden wir im Hinblick auf einen inklusiven Arbeitsmarkt weiterentwickeln. Eine wichtige Funktion bei der Verwirklichung eines inklusiven Arbeitsmarktes nehmen dabei

die Schwerbehindertenvertretungen ein, deren Rechte wir weiter stärken wollen....

Wir wollen Kunst um ihrer selbst willen fördern und nicht erst dann, wenn sie ökonomischen, sozialen oder politischen Zwecken nützt. Bei Projektförderungen soll stärker auf Expertenjurys zurückgegriffen werden. Die Entscheidung, was und wie gefördert wird, muss auch nach Geschlechtergerechtigkeit, Inklusion, Nachhaltigkeit, Integration und Aspekten kultureller Bildung getroffen werden....

Sport ist für Millionen Menschen ein selbstverständlicher Teil des Alltags. Er stärkt den Zusammenhalt, ist gut für die Gesundheit und zugleich ein wichtiger Wegbereiter für Inklusion und Integration. Sport und Sportvereine vermitteln Werte wie Fairness und Respekt und bieten die Chance, leistungsfähiger zu werden, eigene Grenzen auszuloten und das Selbstbewusstsein zu stärken.“

## Die Unterschiede liegen im Detail

**kobinet-nachrichten am  
05. Juli 2017  
von Ottmar Miles-Paul**



© ZsL Stuttgart

Um die Meinungen der verschiedenen Bundestagsparteien zur Aus-

gestaltung der Behindertenpolitik in der kommenden Legislatur zu bekommen, hat das Zentrum selbstbestimmt Leben (ZsL) Stuttgart die Kandidat\*innen des Wahlkreises am 03. Juli eingeladen. Fabian Kübler vom ZsL Stuttgart hat folgenden Rückblick auf die Podiumsdiskussion für die kobinet-nachrichten verfasst.

### Bericht von Fabian Kübler

Dass mehr Menschen mit Behinderung in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden müssen, darin waren sich alle einig. Die Unterschiede zeigten sich im Detail. Die Kandidatin der Linkspartei, Johanna Tiarks, will die Höhe der Ausgleichsabgabe für Unternehmen, die keine oder zu wenige schwerbehinderte Menschen angestellt haben, erhöhen. Dem widersprach FDP-Mann Dr. Jan Havlik: „Gerade bei den Traditions- und Familienunternehmen ändern höhere Strafen nichts an den Vorbehalten, behinderte Arbeitnehmer einzustellen. Wir müssen sie sensibilisieren und die Barrieren in den Köpfen beseitigen.“ CDU-Kandidat Dr. Stefan Kaufmann zeigte sich gesprächsbereit, das „Budget für Arbeit“ auch in Baden-Württemberg einzuführen. „Wenn etwas in anderen Bundesländern gut funktioniert, bin ich immer bereit mir das anzuschauen.“

Viel diskutiert wurde über Inklusion in der Schule. Im Publikum tauchte mehrfach die Forderung auf, die Aussortierung behinderter Schülerinnen und Schüler aus dem Regelbetrieb abzuschaffen. Dieser Forderung konnte keine der Kandidat\*innen zustimmen, vor allem nicht für die weiterführenden Schulen. „Wir brauchen beides“, sagte Stefan Kaufmann und ist der Meinung, dass bei Menschen mit